

Ressort: Finanzen

Europäische Familienunternehmer: Politik muss Euro stärken

Berlin, 16.09.2013, 10:17 Uhr

GDN - Wenige Tage vor der Bundestagswahl haben Familienunternehmer aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Spanien und den Niederlanden an die Politik appelliert, den Euro zu stärken. "Der Euro ist unsere Heimatwährung. Familienbetriebe sind seit vielen Generationen das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Der Euro macht uns stärker", heißt es in einer gemeinsamen Resolution, die am Montag in Berlin verabschiedet wurde.

Mit dem Aufruf, der von den Präsidenten der sieben Wirtschaftsverbände aus sechs EU-Ländern unterzeichnet wurde, wollen die europäischen Familienunternehmer ein starkes Signal für den Euro setzen. "Europa ist für Familienunternehmer nach wie vor der wichtigste Absatzmarkt. 70 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen nach Europa, über 60 Prozent in die EU und knapp 40 Prozent in den Euroraum. Kein europäisches Land kann alleine auf der globalen Bühne bestehen", unterstrich Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). In der Resolution rufen die Spitzenverbände der Wirtschaft die Staats- und Regierungschefs auf, ihre Verantwortung für die notwendigen strukturellen Reformen wahrzunehmen und das Vertrauen in den Euroraum zu stärken. So seien "weitere entscheidende Maßnahmen zur Förderung eines unternehmensgestützten Wachstums notwendig, um das Problem der hohen Staatsverschuldung zu lösen und neue Arbeitsplätze zu schaffen". Dazu gehöre auch eine kostengünstigere Kreditversorgung, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen. Strukturreformen zur Öffnung von Produkt- und Arbeitsmärkten müssten noch entschlossener umgesetzt werden. Die Unternehmer fordern die Politik überdies auf, "die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion schneller zu vollenden". Dazu gehöre, dringend eine Bankenunion unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) einzurichten - auch um die Finanzierung profitabler Familienunternehmen in den Mitgliedsstaaten zu sichern. Zentral sei auch die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Das bedeute auch, die europäische Energie- und Klimapolitik konsistenter zu machen. Zudem müsse "der Ausbau der transeuropäischen Transport-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur beschleunigt werden", heißt es in der Resolution.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-21817/europaeische-familienunternehmer-politik-muss-euro-staerken.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com